

Nachrichten aus Brüssel

@greens87 – stock.adobe.com

CED-Herbstvollversammlung fasst wichtige Beschlüsse

In Brüssel versammelten sich die Delegierten des Council of European Dentists (CED), des europäischen Dachverbandes der nationalen Zahnärzteorganisationen. Bei der Herbstvollversammlung bestätigten die Delegierten Dr. Charlotte Heuzé (Frankreich), Dr. Miguel Pavão (Portugal) und Dr. Katalin Nagy (Ungarn) für eine weitere dreijährige Amtszeit im CED-Vorstand. Neu in das Führungsteam gewählt wurde Dr. Christof Ruda (Österreich) als CED-Schatzmeister.

Daneben wurden mehrere Beschlüsse gefasst. Die Delegierten stimmten einer Stellungnahme des CED zu Verstößen gegen die medizinische Neutralität sowie zum Schutz von medizinischem Fachpersonal in Konfliktgebieten zu. Zudem wurde das CED-Weißbuch zum Thema „Altern und Mundgesundheit“ verabschiedet, das wichtige gesundheitspolitische Perspektiven zu diesem Thema beleuchtet. Ein weiterer Beschluss war die Empfehlung des CED zur Einführung von individuell gefertigtem Sportmundschutz, um die Sicherheit von Sportlern zu erhöhen.

Deutschland bei Gesundheitsausgaben an der Spitze

Nach Angaben des europäischen Statistikamtes Eurostat wurden im Jahr 2023 in der Europäischen Union insgesamt 1,72 Billionen Euro für Gesundheitskosten ausgegeben. Das entspricht etwa zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) der Europäischen Union.

Der Bevölkerungsstärke der Mitgliedsstaaten entsprechend verzeichnete Deutschland mit 492 Milliarden Euro die höchsten laufenden Gesundheitsausgaben, gefolgt von Frankreich (325 Milliarden Euro), Italien (179 Milliarden Euro) und Spanien (138 Milliarden Euro). Auffällig dabei: Deutschland führt im Verhältnis zum BIP. Hier machten die Gesundheitsausgaben 11,7 Prozent des BIP aus – der höchste Anteil innerhalb der EU. Frankreich folgt mit 11,5 Prozent, während Österreich und Schweden jeweils 11,2 Prozent erreichen. Im Gegensatz dazu verzeichneten einige EU-Länder weitaus geringere Anteile: In Luxemburg und Rumänien lagen die Gesundheitsausgaben bei nur 5,7 Prozent des BIP, in Ungarn bei 6,4 Prozent und in Irland bei 6,6 Prozent.

Entscheidung zur Ethanol-Klassifizierung verschoben

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat die Entscheidung über die umstrittene Klassifizierung von Ethanol als sogenannte CMR-Substanz (kanzerogen/mutagen/reproduktionstoxisch) verschoben. Der wissenschaftliche Beratungsausschuss für Biozidprodukte erklärte bei einer Sitzung, dass die möglichen weitreichenden Folgen einer solchen Klassifizierung mehr Zeit für eine gründliche Bewertung erforderten. Die wissenschaftliche Stellungnahme ist nun nicht vor Mai 2026 zu erwarten.

Die Spitzenverbände der deutschen Ärzte- und Zahnärzteschaft, der Apotheker und die Deutsche Krankenhausgesellschaft hatten im Vorfeld eindringlich vor den Folgen einer nachteiligen Einstufung des überaus bewährten Desinfektionsmittels gewarnt. Ethanol ist aufgrund seiner überlegenen Wirksamkeit als Desinfektionsmittel von essenzieller Bedeutung und für einen wirksamen Infektionsschutz sowohl für Patienten als auch für das Gesundheitspersonal unabdingbar.

Konsultation zur Portabilität von beruflichen Qualifikationen

Die Europäische Kommission hat zum Jahresende 2025 eine öffentliche Konsultation zur Portabilität von beruflichen Qualifikationen gestartet. Unter dem Titel „Portabilität von Fähigkeiten – Förderung der Arbeitsmobilität in der EU durch bessere Transparenz und Digitalisierung von Qualifikationen“ lädt die Kommission interessierte Kreise ein, Stellung zu nehmen. Im Rahmen der Konsultation werden drei mögliche Initiativen erörtert, darunter eine legislative Maßnahme zur Verbesserung der Transparenz von Qualifikationen durch digitale Instrumente und ein gemeinsamer EU-Rahmen für die Anerkennung von Diplomen aus Drittstaaten. Die Ergebnisse der Konsultation könnten zu einer umfassenden Überarbeitung der Berufsanerkenntnisrichtlinie führen. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag wird für das dritte Quartal 2026 erwartet.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK